

HOOFDSTUK XVII. — *Wijziging van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur*

Art. 48. In artikel 3, lid 2, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, gewijzigd bij de decreten van 3 februari 2003 en 1 maart 2004, worden de woorden « en 21 » door « , 21 en 27, 1° en 6° » vervangen.

HOOFDSTUK XVIII. — *inwerkingtreding*

Art. 49. Voorliggend decreet heeft uitwerking op 1 mei 2004 met uitzondering van :

- 1° het artikel 10, dat op 1 januari 2001 uitwerking heeft;
- 2° het artikel 9, dat op 1 september 2002 uitwerking heeft;
- 3° de artikelen 14, 15, 20 en 21, die op 1 september 2003 uitwerking hebben;
- 4° het artikel 47, dat op 1 december 2003 uitwerking heeft;
- 5° de artikelen 11 en 12, die op 1 januari 2004 uitwerking hebben;
- 6° de artikelen 35 tot 39, die op 1 juni 2004 in werking treden;
- 7° de artikelen 43 tot 46, die op 1 juli 2004 in werking treden;
- 8° de artikelen 13, 16 tot 19 en 42, die op 1 september 2004 in werking treden;
- 9° de artikelen 40 en 41, die op 1 januari 2005 in werking treden.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.
Eupen, op 17 mei 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme

H. NIESSEN,

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

—
Nota

(1) *Zitting 2003-2004.*

Bescheiden van de Raad : 168 (2003-2004) nr. 1 : Ontwerp van decreet. — 168 (2003-2004) nrs. 2-4 : Voorstellen tot wijziging. — 168 (2003-2004) nr. 5 : Verslag. — 168 (2003-2004) nrs. 6-7 : Voorstellen tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie.

Integraal verslag : Bespreking en aanneming. Zitting van 17 mei 2004.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 4685

[C — 2004/33084]

1. JUNI 2004 — Dekret zur Gesundheitsförderung (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen
Anwendungsbereich

Artikel 1 - Vorliegendes Dekret legt im Rahmen von Artikel 5 I. Nr. 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen die Grundbedingungen für die Gesundheitsförderung im deutschen Sprachgebiet fest.

Unter Gesundheitsförderung versteht man jegliche Maßnahmen, die darauf abzielen, dem Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über seine Gesundheit zu ermöglichen und ihn damit zur Stärkung seiner Gesundheit zu befähigen.

Konzept zur Gesundheitsförderung

Art. 2 - Die Regierung verabschiedet auf der Grundlage eines Gutachtens des Beirates ein globales Konzept zur Gesundheitsförderung. Alle zwei Jahre legt sie auf der Grundlage eines Gutachtens des Beirates die inhaltlichen Schwerpunkte fest.

Das Konzept zur Gesundheitsförderung fußt auf folgenden Erkenntnissen:

— Biologisch-genetische Gegebenheiten, medizinisch-technische Möglichkeiten, der persönliche Lebensstil und Umweltfaktoren beeinflussen den Gesundheitszustand.

— Personelle Ressourcen beeinflussen die Entstehung, den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit.

— Selbstorganisation und Eigenverantwortung sind Voraussetzungen zum Erreichen gesundheitlicher Mündigkeit.

Das Konzept zur Gesundheitsförderung setzt sowohl auf struktureller als auch auf individueller Ebene an. Die Maßnahmen zur Umsetzung des Konzeptes betreffen insbesondere folgende Bereiche:

1. Auf struktureller Ebene:

- die Verbesserung der Qualität der Infrastruktur im Bereich der Gesundheitsförderung,
- die Schaffung gesundheitsfördernder Rahmenbedingungen insbesondere im Schulalltag, in der Arbeitswelt sowie im Freizeitbereich,
- der Aufbau von Netzwerken,
- die Förderung von Zusammenarbeit und Koordination zwischen den im Bereich der Gesundheitsförderung tätigen Organisationen, Diensten und Einrichtungen,

2. Auf individueller Ebene:

- altersgerechte Informationen und Aufklärung über Gesundheitsthemen,
- Schaffung von Bewusstsein für die Folgen des eigenen Verhaltens,
- Betonung der Eigenverantwortung eines jeden für seine Gesundheit.

Maßnahmen zur Gesundheitsförderung müssen mindestens folgende Qualitätsmerkmale aufweisen:

- Beschreibung der Ausgangslage,
- klare Zieldefinitionen,
- die Stimmigkeit von Ziel und Methode,
- die Umsetzbarkeit in den Alltag,
- die nachhaltige Wirkung der Maßnahme,
- Dokumentation,
- ein Konzept zur Auswertung.

Allgemeine Bezuschussung

Art. 3 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann die Regierung Einrichtungen und Organisationen jährlich einen Zuschuss gewähren, wenn diese:

- als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht mit Sitz im deutschen Sprachgebiet organisiert sind;
- im Bereich der Gesundheitsförderung tätig sind;
- über qualifiziertes Personal verfügen, das den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht;
- die Kontrolle der Regierung in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekretes akzeptieren.

Die Modalitäten der Bezuschussung sowie deren Höhe wird in einem zwischen der Regierung und dem Antragsteller zu schließenden Vertrag festgelegt.

Projektbezuschussung

Art. 4 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann die Regierung Projekte bezuschussen, wenn diese:

- vorab genehmigt wurden;
- sich im Rahmen des in Artikel 2 erwähnten Konzeptes bewegen;
- den von der Regierung festgelegten Schwerpunkten entsprechen.

Rückforderung von Zuschüssen

Art. 5 - Die Regierung fordert einen Zuschuss zurück, wenn

- die Zuschussbedingungen nicht erfüllt worden sind;
- der Zuschuss zweckentfremdet worden ist;
- die in diesem Dekret vorgesehene Kontrolle beeinträchtigt oder verhindert worden ist.

Die Regierung fordert einen für das laufende Jahr ausbezahlten Zuschuss proportional zurück, wenn der Zuschussempfänger im Laufe dieses Jahres aufgelöst wird oder seine Aktivitäten einstellt.

KAPITEL II — *Beirat für Gesundheitsförderung*

Schaffung

Art. 6 - Es wird in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Beirat für Gesundheitsförderung, im vorliegenden Dekret «Beirat» genannt, geschaffen, dessen Sitz von der Regierung festgelegt wird.

Aufgaben

Art. 7 - Der Beirat berät die Regierung in Fragen der Gesundheitsförderung auf eigene Initiative oder auf deren Anfrage.

Darüber hinaus kann der Beirat auf eigene Initiative oder auf Anfrage der Regierung Vorschläge zur Umsetzung des in Artikel 2 erwähnten Konzeptes zur Gesundheitsförderung ausarbeiten sowie eine Bindegliedfunktion zwischen den Akteuren in der Gesundheitsförderung wahrnehmen.

Die Regierung unterbreitet dem Beirat zwecks Gutachten alle Vorentwürfe von Dekreten und Regelerlassen im Bereich der Gesundheitsförderung sowie die Vorentwürfe zur Verabschiedung des Konzeptes und der Schwerpunkte, die in Artikel 2 angeführt werden.

Zusammensetzung

Art. 8 - § 1 – Dem Beirat gehören an:

1. die(der) Vorsitzende;
2. vier Vertreter von Organisationen, die von der Regierung vorrangig mit Aufgaben im Bereich der Gesundheitsförderung betraut worden sind;
3. ein Vertreter von Organisationen, die von der Regierung vorrangig mit Aufgaben im Bereich des Verbraucherschutzes betraut worden sind;
4. zwei Vertreter der Krankenkassen;
5. zwei Vertreter der psycho-medizinisch-sozialen Zentren und der Gesundheitszentren;
6. ein Vertreter des Dienstes für Kind und Familie der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Für jedes effektive Mitglied wird ein Ersatzmitglied bezeichnet.

§ 2 – Dem Beirat gehören mit beratender Stimme an:

- ein Vertreter der Regierung,
- zwei Vertreter der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 3 – Die Regierung ernennt die Mitglieder des Beirates.

Die in § 1 Absatz 1 Nrn. 2-6 angeführten Mitglieder sowie deren Ersatzmitglieder werden auf Vorschlag der entsprechenden Einrichtungen, Organisationen und Dienste ernannt.

Auf Vorschlag des Beirates bezeichnet die Regierung eine(n) Vorsitzende(n), die(der) nicht der in § 1 Absatz 1 Nrn. 2-6 angeführten Personengruppe angehören muss.

Das Mandat hat eine Dauer von 4 Jahren. Es kann erneuert werden.

Arbeitsweise des Rates

Art. 9 - Die ständige Geschäftsführung des Beirates wird durch den (die) Vorsitzende(n) wahrgenommen. Das Sekretariat des Beirates ist in der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums angesiedelt.

Der Beirat gibt sich eine durch die Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt insbesondere das Abstimmungsverfahren, die Möglichkeit, Ausschüsse zu gründen, und die Modalitäten zur Einberufung der Versammlungen.

Der Beirat holt zu spezifischen Themen die Meinung von Experten ein und kann diese zu den Versammlungen einladen.

Der Beirat kann Arbeitsgruppen einsetzen. Er löst diese Arbeitsgruppen entweder auf eigene Initiative oder auf deren Anfrage nach Vorlage eines Abschlussberichtes auf.

Der Beirat tritt mindestens viermal jährlich auf Einladung der (des) Vorsitzenden zusammen sowie auf Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder.

Der Beirat verabschiedet vor Ende Mai eines jeden Jahres einen Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres. Dieser Bericht wird der Regierung übermittelt.

Finanzielle Bestimmungen

Art. 10 - Die Mitglieder des Beirates und die hinzugezogenen Experten haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und eine Fahrtentschädigung gemäß den durch die Regierung diesbezüglichen festgelegten Harmonisierungsbestimmungen für Gremien und Verwaltungsräte der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KAPITEL III — *Schlussbestimmung*

In-Kraft-Treten

Art. 11 - Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, den 1. Juni 2004

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

B. GENTGES

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus

H. NIESSEN

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

Fußnoten

(1) *Sitzungsperiode 2003-2004*

Dokumente des Rates: 165 (2003-2004) Nr. 1 Dekretentwurf

165 (2003-2004) Nrn. 2-3 Abänderungsvorschläge

165 (2003-2004) Nr. 4 Bericht

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 1. Juni 2004.

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2004 — 4685

[C — 2004/33084]

1^{er} JUIN 2004. — Décret relatif à la promotion de la santé (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Champ d'application

Article 1^{er}. Le présent décret fixe, dans le cadre de l'article 5, I, 2°, de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, les conditions fondamentales pour la promotion de la santé en région de langue allemande.

Par promotion de la santé, l'on entend toute mesure qui vise à permettre aux individus d'assurer un plus grand contrôle sur leur propre santé et, ce faisant, d'améliorer celle-ci.

Concept de promotion de la santé

Art. 2. Sur avis du Conseil consultatif, le Gouvernement adopte un concept global de promotion de la santé. Tous les deux ans, il détermine sur avis du Conseil consultatif les points forts de son contenu.

Le concept de promotion de la santé doit se baser sur les considérations ci-après :

- l'état de santé est influencé par les données biologiques et génétiques, les possibilités médico-techniques, le style de vie et les facteurs environnementaux;
- la genèse, le maintien et le rétablissement de la santé sont influencés par les ressources personnelles;
- il est particulièrement important de favoriser l'organisation et la responsabilisation personnelles dans la perspective d'un processus d'émancipation en matière de santé;

Le concept de promotion de la santé s'applique tant au niveau structurel qu'au niveau individuel. Les mesures transposant le concept concernent particulièrement les domaines suivants :

1° au niveau structurel :

- l'amélioration de la qualité de l'infrastructure dans le domaine de la promotion de la santé;
- la création de conditions-cadres pour promouvoir la santé, notamment à l'école, dans le monde du travail et dans le secteur des loisirs;
- la constitution de réseaux;
- la promotion de la coopération et de la coordination entre les organisations, services et organismes actifs dans le domaine de la promotion de la santé;

2° au niveau individuel :

- la diffusion d'informations adaptées à l'âge et d'explications quant aux thèmes liés à la santé;
- la sensibilisation aux conséquences du comportement personnel;
- la mise en avant de la responsabilité de chacun sur sa santé.

Les mesures visant la promotion de la santé doivent au moins répondre aux critères de qualité suivants :

- description de la situation de départ;
- définition claire des objectifs;
- adéquation entre objectifs et méthodes;
- possibilité de mise en oeuvre dans la vie de tous les jours;
- effet durable de la mesure;
- documentation;
- concept d'évaluation.

Subventionnement général

Art. 3. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer annuellement un subside aux organismes ou organisations qui

- sont constitués en association sans but lucratif dont le siège se trouve en région de langue allemande;
- sont actifs dans le domaine de la promotion de la santé;
- disposent de personnel qualifié répondant aux exigences minimales fixées par le Gouvernement;
- acceptent le contrôle du Gouvernement quant à l'application du présent décret.

Les modalités de subventionnement ainsi que le montant du subside sont fixés dans un contrat qui sera conclu entre le Gouvernement et le demandeur.

Subventionnement de projets

- Art. 4.** Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut subventionner des projets qui :
- ont été préalablement approuvés;
 - s'inscrivent dans le cadre du concept mentionné à l'article 2;
 - correspondent aux points forts fixés par le Gouvernement.

Récupération de subsides

- Art. 5.** Le Gouvernement récupère un subside lorsque :
- les conditions de subventionnement n'ont pas été remplies;
 - le subside a été utilisé à d'autres fins;
 - le contrôle prévu par le présent décret a été entravé ou empêché.

Le Gouvernement récupère proportionnellement le subside liquidé pour l'année courante lorsque le bénéficiaire du subside est dissout ou cesse ses activités dans le courant de l'année en question.

CHAPITRE II. — *Conseil consultatif pour la promotion de la Santé*

Création

Art. 6. Il est créé, en Communauté germanophone, un Conseil consultatif pour la promotion de la santé, dénommé « Conseil consultatif » dans ce décret et dont le siège est fixé par le Gouvernement.

Missions

Art. 7. Le Conseil consultatif remet au Gouvernement, d'initiative ou sur demande, des avis sur toute question relative à la promotion de la santé.

En outre le Conseil consultatif peut, d'initiative ou à la demande du Gouvernement, élaborer des propositions relatives à la mise en œuvre du concept de promotion de la santé mentionné à l'article 2 et servir d'intermédiaire entre les acteurs de la promotion de la santé.

Le Gouvernement soumet à l'avis du Conseil consultatif tous les avant-projets de décrets et arrêtés réglementaires portant sur la promotion de la santé ainsi que les avant-projets relatifs à l'adoption du concept et des points forts mentionnés à l'article 2.

Composition

Art. 8. § 1^{er} - Le Conseil consultatif est composé :

- 1° du/de la président(e);
- 2° de quatre représentants d'organisations prioritairement chargées par le Gouvernement de missions dans le domaine de la promotion de la santé;
- 3° d'un représentant d'organisations prioritairement chargées par le Gouvernement de missions dans le domaine de la protection des consommateurs;
- 4° de deux représentants des mutualités;
- 5° de deux représentants des centres psycho-médico-sociaux et des centres de santé;
- 6° d'un représentant du Service pour l'enfance et la famille de la Communauté germanophone.

Il est désigné un membre suppléant pour chaque membre effectif.

§ 2 - Font partie du Conseil consultatif avec voix consultative :

- un représentant du Gouvernement;
- deux représentants de la Division compétente du Ministère de la Communauté germanophone.

§ 3 - Le Gouvernement nomme les membres du Conseil consultatif.

Les membres énumérés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2° à 6°, ainsi que leurs suppléants sont nommés sur proposition des organismes, organisations et services correspondants.

Sur proposition du Conseil consultatif, le Gouvernement désigne un/une président(e) qui ne doit pas appartenir au groupe de personnes mentionné au § 1, alinéa 1, 2° à 6°.

Le mandat a une durée de quatre ans. Il peut être renouvelé.

Fonctionnement du Conseil consultatif

Art. 9. La gestion permanente du Conseil consultatif est assurée par le/la président(e). Le secrétariat du Conseil consultatif est installé auprès de la Division compétente du Ministère.

Le Conseil consultatif établit son règlement d'ordre intérieur, lequel doit être approuvé par le Gouvernement. Ce règlement d'ordre intérieur règle notamment la procédure de vote, la possibilité de créer des commissions et les modalités de convocation aux réunions.

Pour des thèmes spécifiques, le Conseil consultatif sollicite l'avis d'experts et peut les convier aux réunions.

Le Conseil consultatif peut mettre sur pied des groupes de travail. Il dissout ces groupes de travail soit d'initiative, soit à leur demande, sur présentation d'un rapport final.

Le Conseil consultatif se réunit au moins quatre fois par an sur invitation du/de la président(e) ainsi que lorsqu'un tiers des membres au moins en font la demande.

Chaque année avant la fin mai, le Conseil consultatif adopte un rapport d'activités portant sur l'année écoulée. Ce rapport est transmis au Gouvernement.

Dispositions financières

Art. 10. Les membres du Conseil consultatif et les experts auxquels il a été fait appel ont droit à des jetons de présence et à une indemnité de déplacement conformément aux dispositions d'harmonisation déterminées en la matière par le Gouvernement pour les organismes et conseils d'administration de la Communauté germanophone.

CHAPITRE III. — *Disposition finale*

Entrée en vigueur

Art. 11. Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption.Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.Eupen, le 1^{er} juin 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports

B. GENTGES,

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme

H. NIESSEN,

Ministre de la Jeunesse et de la Famille,
de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales

Notes

(1) *Session 2003-2004**Documents du Conseil* : 165 (2003-2004) n° 1 Projet de décret.

165 (2003-2004) n°s 2-3 Propositions d'amendement.

165 (2003-2004) n° 4 Rapport.

Rapport intégral - Discussion et vote. Séance du 1^{er} juin 2004.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 4685

[C — 2004/33084]

1 JUNI 2004. — Decreet betreffende de gezondheidspromotie (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Toepassingsgebied

Artikel 1. Voorliggend decreet bepaalt in het kader van artikel 5, I, 2°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen de basisvoorwaarden voor de gezondheidspromotie in het Duitse taalgebied.

Onder gezondheidspromotie worden alle maatregelen verstaan die tot doel hebben de individuen in staat te stellen om controle te verwerven over de determinanten van hun gezondheid en zo deze te verbeteren.

Concept van gezondheidspromotie

Art. 2. Op advies van de Adviesraad legt de Regering een algemeen concept van gezondheidspromotie vast. Om de twee jaar bepaalt ze de krachtlijnen ervan op basis van een advies van de Adviesraad.

Het concept van gezondheidspromotie steunt op de volgende inzichten :

- de gezondheidstoestand wordt beïnvloed door de biologische en genetische gegevens, de medisch-technische mogelijkheden, de leefstijl en de omgevingsfactoren;
- de genese, het behoud en het herstel van de gezondheid worden door het persoonlijk vermogen beïnvloed;
- het is van bijzonder belang dat de persoonlijke organisatie en responsabilisering worden bevorderd om bij te dragen aan het emancipatieproces inzake gezondheid.

Het concept van gezondheidspromotie moet zowel op structureel als op individueel niveau optreden. De maatregelen genomen om het concept te implementeren betreffen inzonderheid :

1° op structureel niveau

- de kwaliteitsverbetering van de infrastructuur op het gebied van de gezondheidspromotie;
- het scheppen van kadervoorwaarden ter bevordering van de gezondheid, in het bijzonder op school, op het werk en op het gebied van de vrijetijdsbesteding;
- de opbouw van netwerken;
- de bevordering van de samenwerking en coördinatie tussen de organisaties, diensten en instellingen werkzaam op het gebied van de gezondheidspromotie;

2° op individueel niveau

- de verstrekking van leeftijdsgebonden informatie en voorlichting over thema's i.v.m. de gezondheid;
- de sensibilisering over de gevolgen van de eigen houding;
- de beklemtoning van de verantwoordelijkheid van iedereen voor zijn gezondheid.

De maatregelen ter bevordering van de gezondheid moeten ten minste aan de volgende kwaliteitskenmerken voldoen :

- beschrijving van de uitgangssituatie;
- precieze doelomschrijving;
- adequatie tussen de doeleinden en de methodes;
- toepasbaarheid in het dagelijks leven;
- duurzaamheid van de maatregel;
- documentatie;
- evaluatieconcept.

Algemene subsidiëring

Art. 3. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering jaarlijks een subsidie toekennen aan de instellingen en organisaties, voor zover deze

- als vereniging zonder winstoogmerk met zetel in het Duitse taalgebied zijn opgericht;
- op het gebied van de gezondheidspromotie werkzaam zijn;
- over gekwalificeerd personeel beschikken dat aan de door de Regering vastgelegde minimale voorwaarden voldoet;
- de controle van de Regering m.b.t. de toepassing van dit decreet aannemen.

De subsidiëringsmodaliteiten en het bedrag van de subsidie worden in een verdrag vastgelegd dat tussen de Regering en de aanvrager moet worden gesloten.

Subsidiëring van projecten

Art. 4. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering projecten subsidiëren, voor zover deze

- vooraf goedgekeurd zijn;
- in het concept vermeld in artikel 2 passen;
- aan de door de Regering vastgelegde krachtlijnen voldoen.

Terugvordering van subsidies

Art. 5. De Regering vordert een subsidie terug, indien

- er aan de subsidiëringvoorwaarden niet werd beantwoord;
- de subsidie tot andere doeleinden werd gebruikt;
- de in dit decreet bepaalde controle belemmerd of verhinderd werd.

Indien de ontvanger van de subsidie in de loop van het jaar ontbonden wordt of zijn activiteiten stopzet, kan de Regering een subsidie die voor het lopende jaar werd uitbetaald proportioneel terugvorderen.

HOOFDSTUK II. — *Adviesraad voor gezondheidspromotie*

Oprichting

Art. 6. Er wordt in de Duitstalige Gemeenschap een Adviesraad voor gezondheidspromotie opgericht, in dit decreet « Adviesraad » genoemd, waarvan de zetel door de Regering wordt vastgelegd.

Opdrachten

Art. 7. De Adviesraad brengt de Regering, op eigen initiatief of op verzoek, adviezen uit over alle vraagstukken m.b.t. de gezondheidspromotie.

Daarenboven kan de Adviesraad op eigen initiatief of op verzoek van de Regering, voorstellen uitwerken in verband met de omzetting van het concept van gezondheidspromotie vermeld in artikel 2 en als bemiddelaar optreden tussen de actoren op het vlak van de gezondheidspromotie.

De Regering legt de Adviesraad alle voorontwerpen van decreten en reglementaire besluiten betreffende de gezondheidspromotie alsmede alle voorontwerpen betreffende het aannemen van het concept en van de krachtlijnen vermeld in artikel 2 ter advies voor.

Samenstelling

Art. 8. § 1 - De Adviesraad is samengesteld uit :

- 1° de voorzit(s)ter;
- 2° vier vertegenwoordigers van organisaties die door de Regering hoofdzakelijk met opdrachten op het vlak van de gezondheidspromotie worden belast;
- 3° één vertegenwoordiger van organisaties die door de Regering hoofdzakelijk met opdrachten op het vlak van de bescherming van de consument worden belast;
- 4° twee vertegenwoordigers van de ziekenfondsen;
- 5° twee vertegenwoordigers van de psycho-medisch-sociale centra en van de gezondheidscentra;
- 6° één vertegenwoordiger van de Dienst voor kind en gezin van de Duitstalige Gemeenschap.

Voor elk werkend lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 2 - Behoren tot de Adviesraad met raadgevende stem :

- één vertegenwoordiger van de Regering;
- twee vertegenwoordigers van de bevoegde Afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 3 - De Regering benoemt de leden van de Adviesraad.

De in § 1, lid 1, 2° tot 6°, vermelde leden en hun plaatsvervangers worden op de voordracht van de overeenkomstige instellingen, organisaties en diensten benoemd.

Op de voordracht van de Adviesraad wijst de Regering een voorzit(s)ter aan die niet tot de groep vermeld in § 1, 2° tot 6°, mag behoren.

Het mandaat duurt 4 jaar en kan hernieuwd worden.

Werking van de Adviesraad

Art. 9. De voorzit(s)ter staat in voor het bestendig beheer van de Adviesraad. Het secretariaat van de Adviesraad is gevestigd bij de bevoegde Afdeling van het Ministerie.

De Adviesraad maakt zijn huishoudelijk reglement op dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dit reglement regelt in het bijzonder de stemprocedure, de mogelijkheid om commissies op te richten en de modaliteiten voor de bijeenroeping van zittingen.

Voor specifieke thema's wint de Adviesraad het advies van deskundigen in en kan deze op de vergaderingen uitnodigen.

De Adviesraad kan werkgroepen oprichten. Hij ontbindt deze werkgroepen, op eigen initiatief of op hun verzoek, op voorlegging van een eindverslag.

De Adviesraad vergadert ten minste vier keer per jaar op uitnodiging van de voorzit(s)ter of wanneer ten minste 1/3 van de leden erom verzoeken.

Jaarlijks vóór het einde van de maand mei stelt de Adviesraad een activiteitenverslag over het afgelopen jaar op. Dit verslag wordt aan de Regering gezonden.

Financiële bepalingen

Art. 10. De leden van de Adviesraad en de deskundigen op wie een beroep is gedaan, hebben recht op presentiegeld en op een kilometervergoeding overeenkomstig de desbetreffende harmonisatiebepalingen vastgelegd door de Regering voor organen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK III. — Slotbepaling

Inwerkingtreding

Art. 11. Voorliggend decreet treedt in werking op de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, op 1 juni 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme

H. NIESEN,

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg,
Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

Nota's

(1) *Zitting 2003-2004.*

Bescheiden van de Raad: 165 (2003-2004) nr. 1 Ontwerp van decreet.

165 (2003-2004) nrs 2-3 Voorstellen tot wijziging.

165 (2003-2004) nr. 4 Verslag.

Integraal verslag - Bespreking en aanneming. Zitting van 1 juni 2004.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 4686

[C - 2004/33090]

15. JUNI 2004 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Schuldnerberatung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993, 30. Dezember 1993, 16. Dezember 1996, 18. Dezember 1998, 4. Mai 1999, 6. Mai 1999, 25. Mai 1999, 22. Dezember 2000, 7. Januar 2002, 24. Dezember 2002, 5. Mai 2003 und 3. Juli 2003;

Auf Grund des Dekretes vom 29. April 1996 über Schuldnerberatung und Entschuldung, abgeändert durch das Programmdekret vom 1. März 2004;

Auf Grund des Gesetzes vom 4. September 2002 zur Zuweisung der Aufgabe der Begleitung und der finanziellen Hilfe im Rahmen der Energieversorgung für die sozialbenachteiligten Personen;

Auf Grund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 8. Juni 2004;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 10. Juni 2004;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund der Dringlichkeit;

In Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass auf Grund des Gesetzes vom 4. September 2002 es zu Unstimmigkeiten und Zuständigkeitskonflikten zwischen der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des Dekretes vom 29. April 1996 als Schuldnerberatungsstelle anerkannten Öffentlichen Sozialhilfezentren einerseits, und der anderen anerkannten Schuldnerberatungsstelle andererseits, gekommen ist, und vorliegender Erlass durch die genaue Festlegung der Aufgaben der Schuldnerberatungsstellen und des Referenzzentrums diesen Konflikt beilegt, und diese neue Regelung im Interesse der Bürger, der sich in einer Überschuldungssituation befinden, unverzüglich umgesetzt werden muss, duldet das Inkrafttreten vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr;

Auf Vorschlag des für den Bereich Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I - Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Zielsetzung

Vorliegender Erlass führt die Artikel 3, 10bis und 10ter des Dekretes vom 29. April 1996 über Schuldnerberatung und Entschuldung aus.